

**Thesen zur Arbeitsgruppe
„Konsolidierung der Haushalte auf Kosten der
Daseinsvorsorge?“**

Vorbemerkung:

Die nun folgenden Thesen sollen nicht zu sehr Grundsatzposition der PDS zum Bereich der Kommunal Finanzen darlegen. Dies ist bereits im ausreichenden Maße mit dem Beschluss des Landesparteitages im Juni 2003 und dem Beschluss des Landesvorstandes vom November 2003 geschehen. Vielmehr soll es darum gehen, einige praktische Probleme der Wahlkampfangargumentation zu diesem Thema zu besprechen. Sie sollen ausdrücklich der internen Verständigung dienen.

1. Sind Kommunen handlungsunfähig?

Die substanzielle Krise der Kommunal Finanzen führt seit Jahren dazu, dass die PDS von der eingetretenen oder doch zumindest drohenden Handlungsunfähigkeit der Kommunen spricht. Solche Passagen sind schon in unseren Beschlusstexten der Jahre 94 und 95 enthalten, zu einem Zeitraum also, der im Vergleich mit der heutigen Situation fast als luxuriös zu bezeichnen war. Folglich müssen wir uns darüber verständigen, was wir unter Handlungsunfähigkeit verstehen. Dies ist vor allem deshalb wichtig, weil die These von den handlungsunfähigen Kommunen im Wahlkampf letztlich von den Leuten berechtigterweise als Aufruf zum Wahlboykott verstanden werden kann. Da eine Kommunalvertretung, die sowieso keinen Handlungsspielraum hat, eigentlich unwichtig ist, zieht der potentielle PDS-Wähler den Schluss, nicht zur Wahl gehen zu müssen. Diese Gefahr ist keine theoretische Konstruktion, sondern hat bei der Kommunalwahl in Brandenburg zu erheblichen Verlusten im ländlichen Bereich beigetragen.

Wenn wir bei den Kommunalwahlen gewählt werden wollen, müssen wir darauf verzichten, den Wählern zu erzählen, dass die Kommunen und damit ihre kommunalen Vertretungen handlungsunfähig sind.

2. Wodurch unterscheidet sich eine PDS-Kommunalpolitiker von den Vertretern anderer Parteien, wenn es nichts mehr zu verteilen gibt? In den Kommunen ist der Ruin der öffentlichen Kassen am unmittelbarsten zu spüren. Hier besteht am ehesten die Möglichkeit, das neoliberale Gesellschaftsmodell anzugreifen, in dem auf die verheerenden Folgen für die kommunale Daseinsvorsorge aufgrund sinkender Steuereinnahmen hingewiesen wird. PDS-Kommunalpolitiker haben im Gegensatz zu den Vertretern anderer Parteien gute Chancen auf die Steuergeschenke am Wirtschaftsunternehmen und große Vermögen hinzuweisen, die zum Ruin der öffentlichen Haushalte in

ihrer Gesamtheit führen. Hier muss auch im Wahlkampf der PDS-Politiker deutlich von anderen zu unterscheiden sein. Die Voraussetzungen, um damit Stimmen zu gewinnen, sind besser als vor 2 Jahren. Die Menschen beginnen an den positiven Wirkungen von Steuersenkungen zu zweifeln. Natürlich müssen PDS-Politiker auch Wirtschaftskompetenz unter Beweis stellen, es macht aber keinen Sinn so zu tun, als würde man Wirtschaft noch mehr subventionieren wollen, als andere.

PDS-Kommunalpolitiker müssen im Kontext der kommunalen Finanzsituation die Politik von Bundes- und Landesregierung ob ihrer sozial ungerechten Belastungen thematisieren.

3. Entscheidend für den Erfolg unserer Kandidaten wird die lokale Kompetenz sein. Letztlich werden sich die Wähler für einen PDS-Kandidaten entscheiden, der selbst unter den widrigen Ausgangsbedingungen mehr möglich macht, als es bei anderen vermutet wird. Uns hilft kein resignatives Schulterzucken mit Hinweis auf leere Kassen. Die Wähler sind in ihren Entscheidungen oft rationaler als die Politiker es ihnen zutrauen. Sie wissen sehr wohl, dass auch ein PDS-Ratsmitglied die Geldprobleme nicht lösen kann. Sie erwarten aber, dass er immer noch die sozialste oder auch ehrlichste Lösung für ein Problem findet.

PDS-Wahlkampf soll den Leuten kein „Wolkenkuckucksheim“ versprechen, sondern ehrlich auf die Handlungsspielräume hinweisen. Innerhalb dieser müssen wir jedoch transportieren, dass wir die Cleversten sind.

4. Auch Kommunalpolitik kommt an die Stelle von Grundsatzentscheidungen. So sind wir in der Situation, dass soziale Mindestforderungen sich an Konsolidierungsaufgaben stoßen oder irreversible Privatisierungen wichtiger kommunaler Steuerungsinstrumente als notwendige Konsequenz der Haushaltssituation erscheinen. In solchen Situationen kann auch die demonstrative Verweigerung eine richtige Handlungsoption sein. Dabei muss man jedoch vorher kalkulieren, welche realen Wirkungen von einer solchen Verwaltung ausgehen. Es reicht nicht aus, selbst eine weiße Weste behalten zu wollen und ansonsten den Dingen ihren Lauf zu lassen. In solchen Situationen der Verweigerung müssen Handlungsalternativen aufgezeichnet werden, ansonsten werden wir niemanden von der Sinnhaftigkeit unseres Verhaltens überzeugen

Demonstrative Verweigerungen können Bestandteil von PDS-Kommunalpolitik sein. Gleichzeitig müssen dabei jedoch Handlungsalternativen aufgezeigt werden.